

Medienmitteilung vom 15. September 2026 | Sitzung des Bürgergemeinderats

Strategieplanung, Hitzeschutz und Trockenheit im Hardwald

In seiner Herbstsitzung befasste sich der Bürgergemeinderat (BGR) nochmals mit dem Stimmrechtsalter 16 sowie mit der Amtsdauer des Ratsbüros. Das Parlament überwies Aufträge zur Strategieplanung der Bürgergemeinde und zu einem Pilotprojekt gegen Schulabsentismus. Ausserdem wurden Interpellationen zu Hitzeschutzmassnahmen, zur Trockenheit im Hardwald, zur Klimaschutzstrategie der Bürgergemeinde und zur Wahl einer Familienvertretung in die Stiftungskommission der Christoph Merian Stiftung beantwortet.

Bürgerratsschreiber bestätigt: Das Parlament der Bürgergemeinde hat die Wahl des Bürgerrats von Nico Buschauer als Bürgerratsschreiber bestätigt. Nico Buschauer ist zugleich Direktor der Zentralen Dienste. Die beiden Funktionen sind damit wieder in einer Hand vereint.

(Siehe dazu die separate Medienmitteilung: bgbasel.ch/medien)

Stimmrechtsalter 16: Im März 2026 hatte der Bürgergemeinderat aufgrund eines Auftrags der Mitte mit knappem Mehr beschlossen, nach Möglichkeit das aktive Stimmrecht in der Bürgergemeinde (BG) auf 16 Jahre zu senken. Damit folgte er dem Bürgerrat und stellte sich gegen die Empfehlung der Aufsichtskommission, die eine solche Regelung als nicht verfassungskonform beurteilt hatte. Die Vorprüfung durch die Staatskanzlei hat mittlerweile ergeben, dass die vorgesehene Änderung mit der Kantonsverfassung tatsächlich nicht vereinbar ist. Eine Umsetzung ist damit nach Einschätzung des Bürgerrats ausgeschlossen. Er beantragte dem Bürgergemeinderat deshalb, den Auftrag als erledigt abzuschreiben.

Nach einer erneut engagierten Diskussion zu möglichen anderen Gesetzesauslegungen folgte das Parlament dem Antrag mit 28 Ja-Stimmen, vier Nein-Stimmen und drei Enthaltungen.

Die anstehenden kantonalen Entscheide zum Thema Stimmrechtsalter 16 sollen im Auge behalten werden.

Amtsdauer des BGR-Büros: Seit 2023 beträgt die Amtsdauer des Präsidiums des BGRs zwei Jahre, diejenige des siebenköpfigen Ratsbüros hingegen weiterhin drei Jahre. Das Büro hat in diesem Zusammenhang festgestellt: Bei einem Wechsel im Präsidium könnte dies dazu führen, dass eine Fraktion im Büro vorübergehend nicht mehr vertreten ist. Als Reaktion auf den entsprechenden Auftrag des Büros wird die Amtsdauer der Büromitglieder nun ebenfalls auf zwei Jahre zu verkürzt und deren Wahl mit der Präsidiumswahl synchronisiert. Die Aufsichtskommission beantragte erfolgreich eine leicht abweichende Formulierung in der Geschäftsordnung. Statt von «Beisitzenden» soll künftig von «weiteren Mitgliedern» des Büros die Rede sein. Die einstimmig angenommene neue Regelung soll am 1. Januar 2027 in Kraft treten und erstmals bei den Wahlen im Juni 2027 zur Anwendung kommen.

Strategieplanung der Bürgergemeinde: Walter Brack (FDP) fordert in einem Auftrag eine grundsätzliche Überprüfung der bisherigen Strategieplanung der Bürgergemeinde. Der Bürgerrat teilt die Einschätzung, dass die 2014 verabschiedete BG-Strategie in wesentlichen Teilen nicht mehr aktuell ist, und setzt sie deshalb per 1. Oktober 2026 ausser Kraft. Einen neuen übergeordneten Strategieprozess erachtet er hingegen nicht als notwendig. Die strategische Steuerung erfolge heute über die Legislaturziele sowie über verschiedene institutionsübergreifende und -spezifische Vorhaben, darunter das Projekt BGB 2026Plus, die KI-Strategie und die Klimaschutzstrategie. Der Bürgerrat beantragte deshalb, den Auftrag nicht zu überweisen. Das Parlament beschloss trotzdem mit grossem Mehr die Überweisung. Der Bürgerrat hat nun in einem ersten Schritt einen Vorgehensplan zur Erneuerung der Strategieplanung vorzulegen.

Pilotprojekt gegen Schulabsentismus: Ein Auftrag von Balz Furlano, Lukas Hug und Christoph Burckhardt (alle LDP) fordert die Prüfung eines zwölfmonatigen Pilotprojekts zur Prävention und Reduktion von Schulabsentismus. Als Grundlage dient das von Fachleuten entwickelte Konzept «In Bewegung bleiben», ein Unterstützungsangebot für schulpflichtige Kinder und Jugendliche mit Schulabsenz in den Kantonen BS und BL,

das Betroffenen eine verlässliche Tagesstruktur und Begleitung sowie eine schrittweise Rückkehr in die Schule ermöglichen soll. Als Trägerschaft soll das Bürgerliche Waisenhaus geprüft werden.

Bürgerrat und Waisenhaus beurteilen das Thema als wichtig und den vorgeschlagenen Ansatz als prüfenswert. Offen seien jedoch u. a. Bedarf, Wirksamkeit, Finanzierung und Abgrenzung zu bestehenden Angeboten. Der Bürgerrat zeigte sich bereit für die Überweisung des Auftrags und eine ergebnisoffene Prüfung. Voraussetzung einer allfälligen Umsetzung seien die fachliche Mitwirkung und eine finanzielle Beteiligung der Kantone BS und BL. In der Parlamentsdiskussion unterstrich Anita Lachenmeier (Grüne/BastA!) zudem, dass die bestehenden Angebote des Waisenhauses nicht unter der Umsetzung eines solchen Projekts leiden dürften. Der Bürgergemeinderat beschloss die Überweisung einstimmig.

(Die folgenden Interpellationsantworten sind in ganzer Länge auf der [Website der Bürgergemeinde](#) publiziert.)

Hitzeschutz: Gleich zwei Interpellationen befassten sich mit dem Schutz vor der zunehmenden Hitze: Zur Interpellation bezüglich «Hitzeschutzmassnahmen der BG Basel und ihrer Institutionen» von Nino Russano (SP) erläuterte Bürgerrat Lukas Faesch, dass das BSB bereits über ein Hitzeschutzkonzept für seine Pflegezentren verfügt, während das Waisenhaus sich an den Empfehlungen und Vorgaben des Kantons sowie der Standesorganisationen orientiert und momentan zusätzlich ein eigenes Konzept erarbeitet. Die Zentralen Dienste treffen Massnahmen eigenständig und abgestimmt auf ihre denkmalgeschützten Bauten und ihre Betriebsabläufe. Ein einheitliches Konzept für die gesamte BG ist nicht vorgesehen. Stattdessen setzt der Bürgerrat eine institutionsübergreifende Arbeitsgruppe ein, die gemeinsame Grundlagen erarbeiten und den engen Austausch fördern soll.

Patrick Winkler (Die Mitte) fragte in seiner Interpellation zusätzlich nach den kantonalen Rahmenbedingungen für Hitzeschutzmassnahmen. Lukas Faesch erläuterte weiter, dass der Bürgerrat insbesondere Klärungsbedarf bei der Kühlung von Räumen für besonders vulnerable Personen sieht, bei der Kühlung mit eigenem Solarstrom sowie bei den Bewilligungsverfahren. Der Bürgerrat will die Erfahrungen der Institutionen gegenüber den zuständigen kantonalen Stellen einbringen. Er nimmt den Hitzeschutz auch in Zukunft ernst.

Trockenheit im Hardwald: Auf eine Interpellation von Martin Lüchinger (SP) zu den Folgen der anhaltenden Trockenheit im – für die Region sehr wichtigen – Hardwald erklärte Bürgerrat Lukas Faesch, dass sich das tatsächliche Ausmass der Schäden nach dem Hitzesommer erst mit dem Blattaustrieb im Frühjahr 2027 verlässlich beurteilen lasse. Eindeutig tote Bäume werden jedoch, vor allem aus Sicherheitsgründen, bereits diesen Herbst geschlagen.

Seit den grossen Schäden von 2018 verfolgt die Bürgergemeinde eine langfristige Strategie zur Anpassung des rund 200 Hektaren grossen Hardwalds an den Klimawandel. Rund 17 Hektaren wurden bisher mit wärme- und trockenheitstoleranteren Baumarten aufgeforstet oder entsprechend weiterentwickelt. Die Finanzierung der laufenden Massnahmen ist gesichert; ein allfälliger zusätzlicher Mittelbedarf wird nach der Beurteilung der Schäden im kommenden Frühjahr neu bestimmt.

Familienvertretung in der CMS-Kommission: Brigitta Gerber (BastA!) stellte mit ihrer Interpellation Fragen zur Wahl von Susanne Andreetti-Krayer als neue Familienvertreterin in der Stiftungskommission der Christoph Merian Stiftung. Bürgerrat Lukas Faesch erläuterte, dass für die Auswahl die Abstammung von Alfred Merian-Thurneysen sowie fachliche Kriterien massgebend waren.

Andreetti-Krayer wurde vom zuständigen Bürgerrat und CMS-Kommissionspräsidenten Lukas Faesch vorgeschlagen und vom Gesamtbürgerrat gewählt. Einen Interessenkonflikt aufgrund der Tätigkeit ihres Ehemanns David Andreetti als Vorstandsdelegierter der GGG sieht der Bürgerrat nicht – die CMS und die GGG konkurrieren sich nicht, sondern ergänzen sich.

Klimaschutzstrategie: In seiner Interpellation fragte Stefan Rommerskirchen (Grüne/BastA!) nach dem Stand der Klimaschutzstrategie 2022. Der Bürgerrat prüft, welche vertieften Angaben zu den Treibhausgas-Emissionen er dem Parlament zur Verfügung stellen kann.

Die aktuelle Bilanzierung zeigt erstmals verlässliche Werte. Der Anstieg gegenüber 2019 geht auf die neue Bilanzierungsmethodik und die intensive Bautätigkeit 2025 zurück. Der grösste Handlungsbedarf liegt weiterhin bei den indirekten Emissionen, etwa bei Beschaffung und Investitionen. Eine eigene Effizienzanalyse führt der Bürgerrat vorerst nicht ein, arbeitet aber an einer groben Kosteneinschätzung je Institution. Der Bürgerrat befasst sich mit einer möglichen Überarbeitung der Klimaschutzstrategie 2022. Zu Vorgehen und Termin kann er sich noch nicht äussern. Das Parlament wird dazu wie bisher über die Aufsichtskommission und die Sachkommissionen informiert.

Unterlagen zu den Geschäften: www.bgbasel.ch/bgr-aktuell

Medienmitteilung: www.bgbasel.ch/medien

Besten Dank für eine Veröffentlichung.

Weitere Auskunft erteilt gerne: Diana von Bidder, Präsidentin Bürgergemeinderat, 061 271 15 22